



LEGENDE	
ZUM BEBAUUNGSPLAN "SPORTGELÄNDE GROB VILLARS"	
Art der baulichen Nutzung	
Mischgebiet (MI) § 4 BauVO	
§ 9 (1) Nr. 1 BauGB	
Ergänzung i. Text. Ziff. 1.1.1 a	
Fläche für Gemeinbedarf - Kindergarten	
§ 9 (1) Nr. 5 BauGB	
Maß der baulichen Nutzung (Höchstgrenze)	
§ 9 (1) Nr. 1 BauGB und	
§ 16-21 a BauVO	
Zahl der Vollgeschosse	
§ 16 (3) Nr. 2 u. 20 (1) BauVO	
2 Vollgeschosse	
2 Vollgeschosse mit Höhenbeschränkung entspr. Text. Ziff. 2.1.6	
Grundflächenzahl (GRZ) als Höchstgrenze	
§ 17 (1) u. 19 BauVO	
Geschäftflächenzahl (GFZ) als Höchstgrenze	
§ 17 (1) u. 20 BauVO	
Bauweisen	
§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 (1), (2) u. (4) BauVO	
Offene Bauweise	
Gebäudehöhen (Höchstgrenze)	
§ 73 (1) Nr. 7 LBO	
Traufhöhe (s. Text. Ziff. 2.1.6)	
Firsthöhe (s. Text. Ziff. 2.1.7)	
Dachform	
§ 73 (1) Nr. 1 LBO	
Satteldach	
Dachneigung (Altgrad) § 73 (1) Nr. 1 LBO	
Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	
§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauVO	
Baugrenze	
§ 23 (3) BauVO	
Stellung der baulichen Anlagen u. Firstrichtung	
§ 9 (1) Nr. 2 BauGB u. § 73 (1) Nr. 1 LBO	
Die Gebäudelängsachsen bzw. die Hauptfirstrichtungen sind parallel zu den im Lageplan eingetragenen Richtungs-pfeilen festzulegen.	
Die Gebäudelängsachsen bzw. die Hauptfirstrichtungen sind parallel zu den im Lageplan eingetragenen Richtungs-pfeilen wahlweise festzulegen.	
Verkehrsflächen § 9 (1) Nr. 11 BauGB	
Fahrbahn	
Gehweg	
Öffentliche Parkplätze	
Festzusetzende Höhe der Verkehrsanlagen u. Sportanlagen § 9 (2) BauGB	
Verkehrsanlagen	
Sportanlagen	
Geländehöhen	
Grünfläche als Bestandteil der Verkehrsanlage	
Öffentliche u. private Grünflächen § 9 (1) Nr. 15 BauGB	
Öffentliche Grünflächen § 9 (1) Nr. 15 BauGB	
Sportanlagen (Ballsportplatz, Leichtathletische Anlagen)	
Öffentlicher Spielplatz	
Private Grünflächen	

A) RECHTSGRUNDLAGEN	
1. das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. S. 2253), geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBl. S. 1093), Eingangsvertrag vom 31.8.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.9.1990 (BGBl. S. 885), 1122), Art. 1 § 8 zweites Vermögensrechtänderungsgesetz vom 14.07.1992 (BGBl. S. 1257), Artikel 12 des Gesetzes zur Entlastung der Rechtsprechung vom 11.03.1993 (BGBl. S. 50), Artikel 1 des Investitionsförderungsgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. S. 446), Art. 6 Abs. 29 Eisenbahngesetz vom 27.12.1993 (BGBl. S. 2378), Art. 2 Gesetz zur Änderung des Bundeskataloges vom 08.04.1994 (BGBl. S. 746), Art. 2 Magnetische Bandplanungsgesetz vom 23.11.1994 (BGBl. S. 3486) und Gesetz vom 30.07.1996 (BGBl. S. 1189)	
2. die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. S. 120), geändert durch den Eingangsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl. S. 885, 1122) und zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. S. 446)	
3. die Planzeichenverordnung 1990 (PlanZ 90) v. 18.12.1990 (BGBl. S. 1538)	
4. die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617)	
5. das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 12.03.1987 (BGBl. S. 889), geändert durch Gesetz vom 12.02.1990 (BGBl. S. 203), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. S. 446) und zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 06.08.1993 (BGBl. S. 1458)	
6. das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG) in der Fassung vom 29.03.1995 (GBl. S. 385)	
B) RÄUMLICHE GELTUNGSBEREICH	
Der Bebauungsplan setzt die Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB). Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplans bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sowie höhere bauplanerische Vorschriften der Gemeinde werden aufgehoben.	
C) TEXTUELLE FESTSETZUNGEN	
In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:	
1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN	
§ 9 Abs. 1 BauGB	
1.1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG	
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB	
- nach Eintrag im Lageplan -	
1.1.1 Mischgebiet (MI) § 6 BauVO	
Zusätzlich sind in § 6 Abs. 2 Nr. 1-8 BauVO genannten Nutzungen:	
Nr. 1 Wohngebäude	
Nr. 2 Geschäfts- und Bürgebäude	
Nr. 3 Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes	
Nr. 4 sonstige Gewerbebetriebe	
Nr. 5 Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke	
Gemäß § 1 Abs. 5 und Abs. 6 BauVO sind die Nutzungen nach § 6 Abs. 2 Nr. 6-8 und Abs. 3 BauVO nicht zulässig	
Nr. 4 Gartenbaubetriebe	
Nr. 7 Tankstellen	
Nr. 8 Vergnügungsgelände im Sinne des § 40 Abs. 3 Nr. 2	
1.2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG	
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 in Verb. mit Abs. 2 BauGB	
- nach Eintrag im Lageplan -	
1.2.1 Grundflächenzahl (GRZ) nach § 19 BauVO als Höchstgrenze	
1.2.2 Vollgeschosse (Z) nach § 20 Abs. 1 BauVO i.V.m. § 2 Abs. 6 LBO	
1.2.3 Geschäftflächenzahl (GFZ) nach § 20 Abs. 2-4 BauVO als Höchstgrenze	
1.2.4 Gebäudehöhen nach § 18 BauVO als Höchstgrenze	
Die Traufhöhen (TH) und die Firsthöhen (FH) gelten von der Erdgesch.-fußbodenebene (EHE) bis Oberkante Dachhaut. Die TH wird jeweils am Schnittpunkt der Außenwand und der Dachhaut gemessen.	
II mH = TH maximal 4,2 m, FH maximal 9,0 m	
II = TH maximal 5,8 m, FH maximal 9,0 m	
1.1.2 MIT GEB., FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN	
§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB	
- nach Eintrag im Lageplan -	
1.1.2.1 Leitungsrecht zugunsten der Energieversorgung Schwaben zur Führung von elektrischen Versorgungsleitungen	
1.1.2.2 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND STÜTZMAUERN, SOWIE SIE ZUR HERSTELLUNG DES STRABENKÖRPERS ERFORDERLICH SIND	
§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB	
Betonfuß	
Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in allen an öffentlichen Verkehrsmitteln angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützwerke entlang der Grundstücksgrenze, in einer Breite von etwa 0,2 m und einer Tiefe von etwa 0,3 m zulässig (Hinterbeton von Randsteinen und Rabelsteinplatten).	

2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN	
§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 Abs. 7 LBO	
2.1. ANFORDERUNGEN AN DIE ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN	
§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO	
- nach Eintrag im Lageplan -	
2.1.1 Dachform und Dachneigung in Altgrad	
a) Wohngebäude: Satteldach mit einer Dachneigung von 45 ± 3 °	
b) freistehende Garagen sind mit Satteldach in einer Dachneigung von 20 - 30 ° oder begrenzten Flachdach zulässig	
c) Einfache Stellplatzabdeckungen sind in Form von Pergolen oder als Rankenroste in Holzweise zulässig	
2.1.2 Dachdeckung	
Zur Dachdeckung sind nur Materialien in natürlichen oder braunen Farbtönen zulässig. Reflektierende Materialien sind, mit Ausnahme von Dachflächenfenstern und Solarenergieanlagen, nicht zulässig	
2.1.3 Dachaufbauten	
Dachaufbauten sind als Schuppen, Sattel- oder Dreiecksgiebel zulässig, wenn ihre Länge 40 % der Dachlänge je Seite nicht überschreitet. Ihre Einbautiefe darf maximal 2,40 m, ihre Höhe gemessen bis zum Schnittpunkt Vorderkante Dachhaut, maximal 1,50 m betragen. Der Abstand der Dachaufbauten von der Gebäudefassade mind. 1,50 m messen	
2.2. ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG UND NUTZUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN DER BEBAUTEN GRUNDSTÜCKE	
§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO	
Freistehende Garagen und Nebenanlagen sind mit Rankpflanzen zu begrünen	
2.2.1 Außenwandbegrünung von Nebengebäuden	
Eine Außenwandbegrünung der Wohngebäude mit Rankpflanzen ist aus ökologischen und gestaltungsrechtlichen Gründen (Ausweichrichtung) wünschenswert	
2.2.2 Flächen für Stellplätze, Hofflächen, Zufahrten, Umgangflächen	
Ordnung und Asphalt sind als Oberflächenabschlüsse nicht zulässig. Die Befestigung muß wasserdurchlässig sein, z.B. Pflasterpflaster, Schottersteinen, Plaster in Splitt oder Sand mit Fugen verlegt sowie wasserbundende Decken.	
2.2.3 Gestaltung der Grünflächen	
Die Grünflächen sind so zu gestalten, daß dort anfallendes Regenwasser zumindest teilweise versickern kann	
2.2.4 Ballfangzonen	
Ballfangzonen sind an den Rändern der Sportfelder bis zu einer Höhe von 4,0 m zulässig	
1.1.0.1 öffentliche Grünfläche Sport und Freizeitanlagen: Spielplatz	
Untergründe, zweckgebundene, bauliche Anlagen wie Gerüstraum, Kassenhäuser oder Schutzröhren, sind zulässig	
1.1.0.2 private Grünfläche	
1.1.1 MIT GEB., FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN	
§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB	
- nach Eintrag im Lageplan -	
1.1.1.1 Leitungsrecht zugunsten der Energieversorgung Schwaben zur Führung von elektrischen Versorgungsleitungen	
1.1.1.2 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND STÜTZMAUERN, SOWIE SIE ZUR HERSTELLUNG DES STRABENKÖRPERS ERFORDERLICH SIND	
§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB	
Betonfuß	
Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in allen an öffentlichen Verkehrsmitteln angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützwerke entlang der Grundstücksgrenze, in einer Breite von etwa 0,2 m und einer Tiefe von etwa 0,3 m zulässig (Hinterbeton von Randsteinen und Rabelsteinplatten).	

3. GRÜNDUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN	
3.1. PFLANZGEBOTE	
3.1.1 Hochstammige großkronige Laubbäume	
Im Bereich der im Lageplan angegebenen Standorte sind großkronige, widerstandsfähige Laubbäume zu pflanzen und dauernd zu unterhalten. Folgende Baumarten werden dieser Forderung gerecht:	
Acer platanoides Aesculus hippocastanum L. Fraxinus excelsior Malus sylvestris (Heilkornel) Prunus padus Virus pyralis (Heilkornel) Fragaria vesca Quercus petraea Quercus robur Rosa canina Salix alba Sorbus aucuparia (Heilkornel) Sorbus domestica (Heilkornel) Sorbus torminalis (Heilkornel) Tilia cordata Viburnum	
Abwasser in dichten Raststellungen der Kläranlage zuzuleiten, Sickergruben und nicht zulässig	
Um einer Befallung des Grundwassers vorzubeugen, sind bei der Düngung der Grünanlagen und beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Grundraster der drangungsmäßigen Landbewirtschaftung zu beachten	
3.2. Strauchgruppen	
Die gekennzeichneten Flächen sind mit Bäumen und Sträuchern in unregelmäßiger Anordnung zu bepflanzen. Bei der Gebäudefassade ist auf standortgerechte Arten entsprechend der sonstigen natürlichen Vegetation zu achten. Die nachfolgend aufgeführten Sträucher werden dieser Forderung gerecht:	
Felsenbirne Hornbeere Roter Harnsiegel Kornelkirsche Hasel Sanddorn Liguster Felsenkirsche Schlehe Berg Johannisbeere Heckenrose Kartoffel-Rose Brombeere Kirschlorbeer Schwarzer Holunder Dornröschen Gewöhnlicher Schneeball	
2.1.4 Dachauschnitte	
Dachauschnitte sind bis zu einer Breite von 3,5 m zulässig. Die Gesamtbreite von Dachgauben und Dachauschnitten darf 40 % der Gebäudelänge nicht überschreiten	
2.2. ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG UND NUTZUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN DER BEBAUTEN GRUNDSTÜCKE	
§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO	
Freistehende Garagen und Nebenanlagen sind mit Rankpflanzen zu begrünen	
2.2.1 Außenwandbegrünung von Nebengebäuden	
Eine Außenwandbegrünung der Wohngebäude mit Rankpflanzen ist aus ökologischen und gestaltungsrechtlichen Gründen (Ausweichrichtung) wünschenswert	
2.2.2 Flächen für Stellplätze, Hofflächen, Zufahrten, Umgangflächen	
Ordnung und Asphalt sind als Oberflächenabschlüsse nicht zulässig. Die Befestigung muß wasserdurchlässig sein, z.B. Pflasterpflaster, Schottersteinen, Plaster in Splitt oder Sand mit Fugen verlegt sowie wasserbundende Decken.	
2.2.3 Gestaltung der Grünflächen	
Die Grünflächen sind so zu gestalten, daß dort anfallendes Regenwasser zumindest teilweise versickern kann	
2.2.4 Ballfangzonen	
Ballfangzonen sind an den Rändern der Sportfelder bis zu einer Höhe von 4,0 m zulässig	
1.1.0.1 öffentliche Grünfläche Sport und Freizeitanlagen: Spielplatz	
Untergründe, zweckgebundene, bauliche Anlagen wie Gerüstraum, Kassenhäuser oder Schutzröhren, sind zulässig	
1.1.0.2 private Grünfläche	
1.1.1 MIT GEB., FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN	
§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB	
- nach Eintrag im Lageplan -	
1.1.1.1 Leitungsrecht zugunsten der Energieversorgung Schwaben zur Führung von elektrischen Versorgungsleitungen	
1.1.1.2 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND STÜTZMAUERN, SOWIE SIE ZUR HERSTELLUNG DES STRABENKÖRPERS ERFORDERLICH SIND	
§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB	
Betonfuß	
Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in allen an öffentlichen Verkehrsmitteln angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützwerke entlang der Grundstücksgrenze, in einer Breite von etwa 0,2 m und einer Tiefe von etwa 0,3 m zulässig (Hinterbeton von Randsteinen und Rabelsteinplatten).	

4. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN UND HINWEISE	
§ 9 Abs. 4 BauGB	
4.1. ERSCHEINEN VON GRUNDWASSER UND -ABSENKUNG	
Wird bei Bauarbeiten unvorhersehbar Grundwasser erschlossen, ist das gemäß § 37 Abs. 4 WGB der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen und die Arbeiten einstellen einzustellen. Für eine Grundwasserentnahme während der Bauzeit ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Eine dauernde Grundwasserentnahme ist nicht zulässig. Dämm- und Grundwasser darf nicht in die Ortsanordnung eingeleitet werden. Chemisch wirksame Aufbaumittel wie Salz dürfen nicht im Grundwasser gelangen. LKW Standflächen sind flüssigkeitsdicht auszuführen	
Abwasser in dichten Raststellungen der Kläranlage zuzuleiten, Sickergruben und nicht zulässig	
Um einer Befallung des Grundwassers vorzubeugen, sind bei der Düngung der Grünanlagen und beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Grundraster der drangungsmäßigen Landbewirtschaftung zu beachten	
4.2. BODENDECKUNGEN	
Es ist möglich, daß im Plangebiet die Reste einer mittelalterlichen Siedlung zu finden sind	
Werden beim Vollzug der Planung unbekannte Funde entdeckt, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeindeverwaltung anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Verlaufs nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verfügung der Frist einverstanden ist (§ 20 DMSchG). Auf die Abkündigung von Ortungswegwärtigen nach § 27 DMSchG wird verwiesen	
4.3. BODENSCHUTZ	
Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes (BodSchG), insbesondere auf § 4 wird hingewiesen	
4.4. ABFALLBESAMTUNG - ALTSTÄNDE	
Altstätten sind keine bekannt. Sollten bei der Erschließung der Baugruben oder beim Bau der Anlagen Abfallgegenstände angetroffen werden, so ist das Amt für Wasser- und Bodenschutz beim Landkreis Karlsruhe sofort zu verständigen	
4.5. AUßENWANDBEGRÜNDUNG DER WOHNGEBAUDE	
Eine Außenwandbegrünung der Wohngebäude mit Rankpflanzen ist aus ökologischen und gestaltungsrechtlichen Gründen (Ausweichrichtung) wünschenswert	
4.6. GEOLOGISCHE VERHÄLTNISSE	
Der Festgestellte Grund und geplanter Sportgelände besteht aus Tonschichten, mit vereinzelt, Dolomitsteinen des Mittleren Keupers. Letztere kann bischweisse Gips enthalten. Bodensenkungen und Erdbeben daher nicht ausgeschlossen	
Die Überlagerungen setzen sich aus heterogenem, insgesamt tonigen Verfestigungsschicht, sowie Löss und Lössarten zusammen	
Der Sportplatz schneidet in den hang ab, die Standsicherheit der neuen Böschungen sind im Zuge der Baumaßnahme nachzuweisen. Für den Kindergartenneubau werden Baugrunduntersuchungen empfohlen	
4.7. SPORTLÄRM	
Im Lärmplan wurden folgende Nutzungseinschränkungen vorgeschrieben, um die Grenzwerte der Sportanlagenlärmschutzverordnung einzuhalten:	
Trainingsbetrieb: werktags von 6 bis 22.00 Uhr	
Spielbetrieb: werktags von 7.00 bis 20.00 Uhr	
Spielbetrieb: son- und feiertags von 8.00 bis 13.00 Uhr und von 14.00 bis 20.00 Uhr oder weniger als 4 Stunden Spielzeit beliebig zwischen 9.00 und 20.00 Uhr	
Bei Veranstaltungen an höchstens 18 Tagen im Jahr (seltene Ereignisse) ist ein unregelmäßiger Spielbetrieb möglich	

VERFAHRENSVERMERKE	
1. Aufstellungsbescheid	gem. § 2 Abs. 1 BauGB durch Gemeinderat am 28.04.1992
2. Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	im Amtsblatt am 19.09.1992
3. Bürgerbeteiligung	gem. § 3 BauGB erfolgte am 25.04.1995
4. Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange	gemäß § 4 BauGB in der Zeit vom 11.01.1995 bis 15.03.1995
5. Auslegungsbefehl	gem. § 3 Abs. 2 BauGB durch Gemeinderat am 19.09.1995
6. Öffentliche Bekanntmachung der Entwurfsauslegung	gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Amtsblatt Nr. 45/95 am 11.01.1995
7. Satzungsbescheid	gem. § 10 BauGB durch Gemeinderatsbescheid am 06.05.1997
8. Genehmigung/Anzeige nach abgeschlossenem Anzeigeverfahren	gemäß § 11 BauGB durch das Landratsamt Karlsruhe am 16.10.1997 unter Maßgaben
10. In Kraft getreten	am 12.08.1998 im Amtsblatt
Ausgefertigt	
Die textuellen und zeichnerischen Aussagen dieses Original-Bebauungsplans stimmen mit dem Willen des Gemeinderates, wie er im Bescheid vom 06.05.1997 zum Ausdruck kommt überein	
Überderrungen, den 07. Mai 1997	
Bürgermeister	
Brettinger, Bürgermeister	
Brettinger, Bürgermeister	
Kreis Karlsruhe	
Gemeinde Oberderdingen	
Ortsteil Grob villars	
BEBAUUNGSPLAN "SPORTGELÄNDE GROB VILLARS"	
Die Übereinstimmung des Lageplans mit dem Liegenschaftskataster bescheinigt	
Befliegung-Bearbeitung, den 03.08.1992	
INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER	
BERATUNGS-INGENIEURE FÜR BAU- UND VERKEHRSSACHWISSEN	
TANNEBERGSTRASSE 43	
74321 BIELEFELD-BISSINGEN	
TELEFON 05742-9330-0	
Bebauungsplanentwurf ausgefertigt	
Befliegung-Bearbeitung, den 03.08.1992	
INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER	
Bebauungsplanentwurf ausgefertigt	
Ergänzt aufgrund Änderungen und Bedenken (siehe Ziffer 12 und 13 der Begründung)	
Befliegung-Bearbeitung, den 19.09.1995	
INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER	
Bebauungsplanentwurf ausgefertigt	
Ergänzt aufgrund Änderungen und Bedenken (siehe Ziffer 14 der Begründung)	
Befliegung-Bearbeitung, den 06.05.1997	
INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER	
Anlagen	
Anlage 1: Lageplan mit Text und Legende	
Anlage 2: Begründung zum Bebauungsplan	